

Perspektiven der Schweiz in Europa

Durch die geographische Lage im Zentrum Europas sowie aus historischen, kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Gründen, muss die europäische Verständigung und Einigung unserem Lande ein Anliegen sein.

Ein Blick auf die Geschichte zeigt, dass bereits der Bund von 1291 europapolitisch motiviert war, indem die Freiheit durch Reichsunmittelbarkeit gesichert wurde. Die moderne Schweiz von 1848 war im 19. Jahrhundert die erste Republik, welche die Ideen der amerikanischen und französischen Revolution umsetzte und damit ein Hoffnungsträger für alle freiheitlich gesinnten Europäer wurde. Damals gelang die Integration zur multikulturellen Gesellschaft über politische Institutionen, ohne dass die Gliedstaaten und Regionen ihre spezifischen Identitäten aufgeben mussten.

Die kulturelle Offenheit der Schweiz, welche die Sprachen und Kulturen aller Nachbarländer teilt, ist eine hervorragende europäische Qualität. Ausserdem teilt unser Land mit den modernen Staaten Europas alle Werte moderner Demokratien: Demokratische Staatsverfassung, Machtteilung, Rechtsstaatlichkeit, Grundrechte, soziale Wohlfahrt, Pluralismus der Gesellschaft, Offenheit für neue Ideen sowie die Sorge um die Erhaltung der Natur.

Aus diesen Gegebenheiten liegt eine Mitarbeit der Schweiz im europäischen Einigungsprozess nahe, nicht zuletzt, um unsere Werte und Eigenarten bewahren zu können. Die Grundwerte der Willensnation Schweiz, Behauptung und Unabhängigkeit, Stärkung der Selbstbestimmung, Förderung der gemeinsamen Wohlfahrt und die Erhaltung von Natur und Heimat, bleiben Werte der schweizerischen Identität. Sie müssen jedoch angesichts des Wandels in Europa und in der Welt neu interpretiert und vermittelt sowie selbstbewusst und offensiv auf der europäischen Ebene vertreten und umgesetzt werden.

Dabei ist der Tatsache Rechnung zu tragen, dass die Europäische Union vorläufig noch im wesentlichen ein Wirtschaftsverbund ist, welcher auf der Grundlage internationaler Verträge beruht, die von den Regierungen abgeschlossen wurden. Diesem Vertragsgebilde fehlt die vom Volk getragene Zustimmung in den Mitgliedsländern und damit die eigentliche demokratische und föderative Substanz, die mit der europäischen Idee seit jeher verbunden war und ist. Wenn sich die Schweiz aus ihrer Tradition heraus in besonderem Masse für die demokratische und föderative Entwicklung Europas einsetzt, so hat dies nicht nur eine Bedeutung für unser Land, sondern auch für Europa selbst.

Gemäss der nationalen und europäischen Verantwortung der Schweiz darf sie in den Verhandlungen mit der Europäischen Union kein Ergebnis annehmen, welches zum Verzicht auf direkt-demokratische und föderalistische Grundprinzipien führt. Sie muss vielmehr darauf hinwirken, dass auch die EU in ihrem föderalistischen Aufbau eine klare Kompetenzausscheidung trifft und in diesem Zusammenhang direkt-demokratische Instrumente und Mechanismen entwickelt.

Eine besondere Verantwortung obliegt der Schweiz für den Schutz der Alpen, nicht zuletzt auch im europäischen Interesse. Diese sind nicht nur als Verkehrshindernis zu betrachten, sondern müssen als ökologisch wertvoller Lebensraum im Zentrum Europas geschützt werden. Aus dieser Sicht dürfen wir der Forderung der EU nicht nachgeben, dem Schwerverkehr die freie Durchfahrt durch unser Land auf der Strasse zu gestatten. Es geht vielmehr darum, durch Festhalten an den Einschränkungen des Schwerverkehrs auf der Strasse (28 Tonnen-Limite, Sonntags- und Nachtfahrverbot) darauf hinzuwirken, dass im Interesse der Erhaltung der ökologischen Lebensräume nicht nur in den Alpen, sondern in ganz Europa eine umweltfreundlichere Verkehrspolitik durch Rückverlagerung des Schwerverkehrs auf die Schiene in allen Staaten der EU verwirklicht wird. Dies kann sowohl durch entsprechende administrative wie durch wirksame finanzielle Regelungen geschehen. Nur in dem Ausmass, als diese Regelungen europäisch verwirklicht werden, können die Sonderregelungen für die Schweiz wegfallen.

Andererseits muss die Schweiz, wenn sie sich am europäischen Einigungsprozess beteiligen will, alle Verpflichtungen übernehmen, die wesentlich zur europäischen Integration gehören. Dies gilt auch für die Freizügigkeit der Arbeitskräfte, die gegenseitig zu verwirklichen sind.

Thesen und Forderungen

Diese Überlegungen führen zu folgenden Thesen und Forderungen:

1. Die Schweiz ist sowohl geographisch als auch politisch ein Teil Europas und muss an der Gestaltung Europas mitwirken.
2. Sie muss bei ihren Verhandlungen mit der EU die entsprechende Verantwortung wahrnehmen.
3. Der Abschluss eines bilateralen Vertrages bzw. der Beitritt zum EWR oder zur EU setzt eine Einigung über den Transit durch die Schweiz voraus, die zu einer effektiven Verlagerung des Schwerverkehrs auf die Schiene führt und in eine neue umweltverträgliche europäische Verkehrspolitik einmündet.
4. Die Schweiz soll sich in dem Ausmass an die EU annähern, als sie sich für die Stärkung der demokratischen und föderalen Elemente einsetzen kann und sie die Möglichkeit hat, die direkt-demokratischen Rechte beizubehalten und sie für die Entwicklung von Demokratie und Föderalismus in Europa einzubringen.

St. Gallen, 26.10.1996